

## Fallstudie Wuppertal

*Iris Dähnke, CJD Eutin und Hamburg*

*Der folgende Bericht versucht eine Beschreibung und Einschätzung der Strukturen und Maßnahmen in der Stadt Wuppertal gegen ethnische Diskriminierung. Er beruht auf einer Zusammenschau verschiedener Dokumente und Konzepte der Stadt selbst, externer Quellen und der Auswertung von mit verschiedenen Akteuren geführten Interviews und Fragebögen April bis September 2011. Die interviewten Personen sind Wuppertaler VertreterInnen von Vereinen, die sich mit Anti-Diskriminierung beschäftigen, migrantische VertreterInnen, VertreterInnen der Politik und der Stadtverwaltung selbst. Aufgrund der relativ geringen Anzahl von Interviews und Fragebögen ist anzumerken, dass die wiedergegebenen Aussagen notwendigerweise nur einen partiellen Einblick bieten und daher kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann. Diese Fallstudie wurde verfasst vom CJD Hamburg und Eutin.*

### **1) Stadt und Migrationsgeschichte**

Wuppertal hat 350.000 Einwohner (aktuell 2012) und liegt im Bundesland Nordrhein-Westfalen im Bergischen Land, südlich des Ruhrgebiets. Lange Zeit war die Textilindustrie ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor der Stadt. Diese verlor in den 1970er Jahren im Zuge der Globalisierung und weltweiten Verlagerung der industriellen Produktion zunehmend an Bedeutung. Dieser Strukturwandel machte der Industriestadt Wuppertal, ähnlich wie den benachbarten Städten im nördlichen Ruhrgebiet, schwer zu schaffen. Da der Haushalt der Stadt überschuldet ist, besteht ein hoher Spardruck, der sich in der Einschränkung von Angeboten und Dienstleistungen niederschlägt und weshalb Gelder für neue Maßnahmen oder Projekte nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Im September 2011 liegt die Arbeitslosigkeit mit 10,8 % rund vier Prozent über dem Bundesdurchschnitt und geringfügig über dem Durchschnitt der Region ([www.meinestadt.de](http://www.meinestadt.de), Zugriff 25.10.11). Die Stadt Wuppertal versteht sich heute als Wirtschafts-, Bildungs-, Industrie- und Kulturzentrum des Bergischen Landes.

Wie die Städte des benachbarten Ruhrgebiets war die Industriestadt in den wirtschaftlichen Hoch-Zeiten der 50er und 60er Jahren sehr attraktiv für Arbeitsemigranten aus Südeuropa. Viele der damals sogenannten „Gastarbeiter“ aus Italien, Griechenland, Spanien und der Türkei gründeten in der Folge Familien oder holten ihre Kinder und Ehepartner nach und schlugen dauerhaft Wurzeln in der Region. In den 90er Jahren kam eine weitere große Immigrationswelle, die vor allem ursächlich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den Umstürzen und Kriegen in Osteuropa im Zusammenhang stand. Über einen Zeitraum

von 2 – 3 Jahren kamen wöchentlich bis zu 300 Flüchtlinge in der Stadt an. Die Stadtverwaltung wurde vor die große Herausforderung gestellt, diese Menschen unterzubringen und zu versorgen. Viele Menschen mussten zunächst notdürftig in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden nächtigen, wo sich mehrere Familien einen Raum teilten, bevor eine längerfristige Unterbringung ermöglicht werden konnte (Interview W 2).

Im Bundesschnitt haben knapp 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund<sup>1</sup>. In Wuppertal haben ca ein Drittel oder 100.000 Menschen eine entsprechende Migrationsgeschichte. Von ihnen sind 40.000 Ausländer mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, weitere 36.000 Personen besitzen mehrere Staatsbürgerschaften und ca. 15.000 Einwohner sind deutsche Staatsbürger mit Zuwanderungsgeschichte (bspw. eingebürgerte Deutsche, (Spät-)Aussiedler und Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund). Knapp die Hälfte der in Wuppertal lebenden Ausländer leben dort seit über 20 Jahren. (Wuppertal Integrationsmonitoring 2010, Integrationsbericht 2007). Insgesamt leben Menschen aus mehr als 150 Nationen in der Stadt, die größten Gruppen sind Personen aus der Türkei, Polen, der ehemaligen Sowjetunion und Ex-Jugoslawien.

## **2) Politisches Klima zu Integration in Wuppertal und Beschreibung der Strukturen**

Nachdem viele Jahre bundesweit versäumt wurde, die sogenannten „Gastarbeiter“ als bleibenden Teil der Gesellschaft zu begreifen, wird Integration heute zunehmend als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt und verstanden. In Wuppertal fand bereits recht früh ein entsprechender integrationspolitischer Paradigmenwechsel statt und es wird daran gearbeitet, Vielfalt als gesellschaftliches Potential anzuerkennen und zu etablieren. Dabei wird die dauerhafte Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine entsprechende Öffnung der Gesellschaft als Herausforderung erkannt. Dies sei, so die Mitarbeiter des Ressorts, zum einen in der spezifischen und langjährigen Einwanderungsgeschichte der Stadt begründet. Den interviewten Mitarbeiter des Ressorts, die selbst aus dem sozialen Bereich kommen und entsprechend nach eigener Aussage schon früh einen potentialorientierten Blick auf Zuwanderung und Integration hatten, war bereits in den 90er Jahren daran gelegen, die Flüchtlingspolitik der Stadt neu zu gestalten und langfristige Integration stärker ins Zentrum zu rücken. Zum anderen erhielt die Stadt Unterstützung durch das Land NRW, welches sich als integrationspolitisches Vorreiterland in Deutschland versteht und schon früh entsprechende Maßnahmen und Strukturen förderte (beispielsweise berief das Land den

---

<sup>1</sup> Seit 2005 wird in Deutschland im Mikrozensus das Konzept des „Migrationshintergrund“ angewandt, da sich das Konzept der Staatsangehörigkeit als unzureichend zur Erfassung pluralistischer gesellschaftlicher Gruppen erwiesen hat. Zum einen besitzen viele Aussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit, sind aber nach Deutschland eingewandert. Desweiteren sind viele Ausländer in Deutschland geboren und haben also selbst keine Migrationserfahrung. Hinzu kommt, dass Nicht-Staatsangehörige von ihrem Recht auf Einbürgerung Gebrauch machen, wodurch der Ausländeranteil ebenfalls Schwankungen unterliegt, die nichts mit Wanderungsbewegungen zu tun haben. Demzufolge umfasst der Migrationshintergrund –

- a) zugewanderte Ausländer und Ausländerinnen,
- b) in Deutschland geborene Ausländer und Ausländerinnen,
- c) eingebürgerte ehemalige Ausländer und Ausländerinnen,
- d) Aussiedler und Spätaussiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit,
- e) sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt.

Seit 2007 erfasst das Wuppertaler Statistikamt den Migrationshintergrund der Einwohner, die Kennzeichnung des Migrationshintergrundes ist leicht abweichend vom Mikrozensus und bezeichnet bspw. zum Aspekt e) Kinder unter 18, die im selben Haushalt leben (Integrationsbericht 2007).

ersten verantwortlichen „Landesintegrationsminister“ der Bundesrepublik). Vor allem durch die Integrationsoffensive<sup>2</sup> des Landes Nordrhein-Westfalen habe die integrationspolitische Entwicklung in Wuppertal weiteren Schub erhalten. Die Stadtverwaltung nahm sich die Integrationsoffensive zum Anlass, die eigenen Angebote zu Integration zu überprüfen. Ergebnis der Untersuchung war, dass zwar viele Angebote, Bemühungen und Projekte vorhanden waren, deren Erfolge und Wirkung jedoch oft nicht nachhaltig waren, weil sie an temporäre Fördermittel geknüpft waren oder vom Engagement einzelner Personen abhingen. Es wurde festgestellt, dass viele gute Ansätze verloren gingen, weil zum Beispiel kleine Vereine zwar gute Ideen hatten und diese mithilfe von EU-Geldern umsetzten, aber nicht die Kräfte besaßen, diese Ideen nach Auslaufen der Gelder weiter zu verbreiten (Roddewig-Oudnia, 2011; Interview W 2). Somit wurde angestrebt, vorhandene Angebote effektiver zu bündeln, Nachhaltigkeit zu sichern und Synergieeffekte zu schaffen, und damit Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe strukturell in der Verwaltung zu verankern. Da diese Neu-Orientierung ohne große zusätzliche Gelder umzusetzen war, war das Ziel eine Schaffung von Strukturen: Vorhandene Kompetenzen und Aufgaben wurden untersucht, um festzustellen, „wer macht was wo, wie lässt es sich optimieren“ (Interview W 2). Der Stadtrat beschloss einhellig, dass der bisherige Stadtbetrieb Flüchtlinge die Integrationsarbeit im Sinne der Integrationsoffensive neu gestalten sollte. Um alle Aktivitäten und Dienste zu Migration, Zuwanderung und Integration in der Stadt zu bündeln und zugleich eine Schnittstelle zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, Migrantenorganisationen, Vereinen und Bildungseinrichtungen zu sein, wurden im Jahr 2002 mit dem Stadtbetrieb Flüchtlinge alle weiteren Dienststellen der Verwaltung mit expliziten Integrationsaufgaben in dem „Ressort Zuwanderung und Integration“ zusammengefasst.

Dem Ressort Zuwanderung und Integration liegt der Gedanke zugrunde, dass Integration ein Prozess ist, der nur gemeinsam mit Einheimischen und Zugewanderten, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Migrantenselbstorganisationen und städtischen Einrichtungen erfolgreich gestaltet werden kann. Zum Ressort gehören unter anderem die Bereiche und Dienststellen –

- \* Interkulturelle Fortbildungen, inklusive Fachberatungen zur interkulturellen Pädagogik
- \* Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien („RAA Wuppertal“)
- \* Integrationsförderung, Integrationsmaßnahmen und wirtschaftliche Hilfen, inklusive Verwaltung von Integrations- und Sprachkursen; finanzielle und strukturelle Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Integrationsprojekte; u.a.
- \* Initiative zur Förderung von Demokratie und Toleranz e. V.
- \* Ausländerbehörde

([www.integration-in-wuppertal.de](http://www.integration-in-wuppertal.de))

---

<sup>2</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2011): „Wuppertal: Integration aus einer Hand“, in: dies. (Hg.) *Diversität gestalten. Erfolgreiche Integration in Kommunen. Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele*

Mit dem Zusammenführen dieser Dienste wurde für die EinwohnerInnen ein zentraler Ansprechpartner geschaffen, der verschiedene Fragen und Anliegen rund um das Thema Zuwanderung und Integration bedienen kann. Mit der Eingliederung der Ausländerbehörde in das Ressort wurde erstmalig eine Ordnungsbehörde, die mit der Umsetzung des Ausländerrechts betraut ist und zu deren Aufgaben u.a. die Erteilung oder Versagung von Aufenthaltserlaubnissen gehört, unter einem Dach mit den sozialen Diensten für Migranten vereint. Dies bedeutete auch ein Signal in Richtung einer verstärkten Service-Orientierung dieser Behörde und einer Kooperation mit den Sozialarbeitern der Integrationsmaßnahmen. De facto, so ein Mitarbeiter des Ressorts, würde durch die Neu-Gestaltung des Ressorts somit die strukturelle Diskriminierung, die viele Ausländer aufgrund ihres Aufenthaltstitels erfahren, zumindest abgemildert (Interview W 1). So wurde die Behandlung von Kunden in ein Termingeschäft umgewandelt, um die früheren, oft stundenlangen Wartezeiten abzuschaffen. Bei der Terminvereinbarung erhalten die Kunden Informationen über alle benötigten Dokumente, die mitzubringen sind. Desweiteren wurde ein Service-Schalter eingerichtet, an dem Termine persönlich, per E-Mail oder telefonisch vereinbart werden und schnelle Belange vor Ort sofort erledigt werden können. Die Zusammenarbeit mit der Abteilung „Integrationsförderung und wirtschaftliche Hilfen“, die ihrerseits mit dem Jobcenter vernetzt ist, ermöglicht zudem, Immigranten einen besseren Zugang zu Sprachkursen und Integrationskursen zu ermöglichen und bei eventuellen Problemen, die mit der Teilnahme auftreten (z. B. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Lernschwierigkeiten etc.), zu beraten (Roddewig-Oudnia 2011, Interview W 1, W 2).

Der Leiter des Ressorts „Zuwanderung und Integration“ leitete vor der Neu-Gründung des Ressorts den Stadtbetrieb Flüchtlinge. Die Eingliederung von Flüchtlingen spielt bis heute im Ressort eine große Rolle. Mit dem Inkrafttreten der neuen deutschen Bleiberechtsregelung, die verlangte, dass langjährig geduldete Flüchtlinge ein eigenes Einkommen vorweisen mussten, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, konnte durch das Netzwerk zur Integration zusammen mit dem Jobcenter/ARGE, Wohlfahrtsverbänden und anderen Arbeitsmarktakteuren 80 % der von dieser Regelung betroffenen Flüchtlinge zu einer Aufenthaltserlaubnis verholfen werden (Roddewig-Oudnia, 2011, Milutin 2010). Mit diesem Erfolg, der trotz schwieriger Wirtschaftslage und oft langjähriger Arbeitslosigkeit der Betroffenen erzielt wurde, liegt die Stadt über dem Durchschnitt anderer Kommunen. Der Ressortleiter erläutert, dass das Ressort bzw. seine Mitarbeiter durch eine günstige Ausnutzung der gesetzlichen Spielräume dazu beitragen könne, Flüchtlingen die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern und strukturelle Diskriminierung, die sie aufgrund ihres Aufenthaltsstatus erfahren, abzumildern. Beispielsweise könne Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert werden, wenn ihre Aufenthaltserlaubnis statt für nur drei Monate für den Zeitraum von sechs Monaten erteilt werde (Interview W 1).

Mit der Neu-Gründung des Ressorts und der Eingliederung der Ausländerbehörde fand der Fokus auf Integrationsförderung seine strukturelle Entsprechung. Wie beschrieben sind Integrationsmaßnahmen und die Umsetzung der rechtlichen Vorschriften ebenso Bestandteil des Ressorts wie die Förderung von interkultureller Kompetenz, Demokratie und

Bekämpfung von Xenophobie. Der Oberbürgermeister der Stadt stützt ein positives Verständnis einer pluralistischen Stadtgesellschaft ebenfalls durch verschiedene symbolische Handlungen. Beispielsweise überreicht er persönlich in einem regelmäßigen Festakt die Einbürgerungsurkunden an neu eingebürgerte Personen und lädt die muslimischen Vereine jährlich am Ende des Ramadan zum Fastenbrechen ins Rathaus ein. Desweiteren wird beachtet, bei der jährlichen Verleihung von Ehrenmedaillen für Ehrenämter mindestens ein/e Migrant\*in zu würdigen, „um auf ehrenamtliches Engagement der Migrant\*innen hinzuweisen“ (Interview W 3).

In politischer Hinsicht bestehe ein Konsens im Stadtrat, dass die demokratischen Parteien Rassismus und Diskriminierung gemeinsam bekämpfen müssten. Entsprechend sei Integration kein Streitthema bei den Parteien und werde weitgehend aus einer kontroversen Diskussion heraus gehalten. Es herrsche Einigkeit, so ein Dezernent der Stadt, dass keine Partei das Thema Immigration und Integration nutze, um zu polarisieren oder sich populistisch auf Kosten migrantischer Gruppen zu profilieren. In der Praxis bedeutete dieser Konsens beispielsweise, dass die Neu-Gründung des Ressorts „Zuwanderung und Integration“ im Jahr 2002 von allen Parteien im Stadtrat einhellig unterstützt wurde (Interview W 1, W 3).

### **3) Vernetzung mit Migrant\*innenorganisationen und weiteren Akteuren vor Ort**

Durch die Neu-Gestaltung des Ressorts, die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeitern und Sachbearbeitern und flankierende interkulturelle Fortbildungen für die Mitarbeiter hätten sich enorme Entwicklungsmöglichkeiten für die Integrationsarbeit in Wuppertal geboten, so der Leiter des Ressorts. Bei der Neu-Gestaltung spielte die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere Migrant\*innenorganisationen, eine wichtige Rolle. Diese wurden beispielsweise mit den Trägern von Sprachkursen zusammen gebracht, um vor Ort in den Organisationen Sprachkurse anbieten zu können. Dies führte zu dem, dass die Organisationen ihre Arbeit professionalisieren konnten, und ermöglichte zum anderen, neue Zielgruppen mit den Kursen zu erreichen. Dadurch, dass Sprachkurse in den Migrant\*innenorganisationen angeboten wurden und vor Ort Kinderbetreuung ermöglicht wurde, konnten beispielsweise viele Frauen neu für die Teilnahme an Sprachkursen gewonnen werden. Migrant\*innenorganisationen bieten des Weiteren zahlreiche Veranstaltungen zu Erziehung, Bildung und anderen gesellschaftlichen Themen an und kooperieren für gemeinsame Aktionen mit Schulen, Beratungsstellen oder Stadtteilprojekten.

Das Ressort „Zuwanderung und Integration“ richtete gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Migrant\*innenvereinen und dem Integrationssausschuss das Web-Portal „Integration in Wuppertal“ ([www.integration-in-wuppertal.de](http://www.integration-in-wuppertal.de)) ein, welches Informationen zu Aufenthaltsrecht, Integrations- und Sprachkursangeboten, Bildung, Beratungsstellen und Migrant\*innenorganisationen enthält und einen Wegweiser durch den „Behördenschwermel“ bietet. Das Portal und einige Funktionen sind auf Deutsch, Türkisch, Englisch, Französisch und Russisch verfügbar. Parallel wurden Migrant\*innenorganisationen mit

Computerarbeitsplätzen ausgestattet. Die Finanzierung des Portals erfolgt über das Land NRW über das Programm „Komm-In“. (Roddewig-Oudnia 2011, Interview W 1, W 2).

Institutionalisierter Austausch findet auch im Rahmen von regelmäßigen Vernetzungstreffen statt, an denen neben rund 20 – 25 Migrantenorganisationen auch ein Vertreter des Ressorts teilnimmt. Diese Treffen, die ca. alle sechs Wochen stattfinden, werden logistisch und organisatorisch vom Ressort unterstützt. Aus den Vernetzungstreffen entstanden weitere Kooperationen und Projekte, wie beispielsweise eine dauerhafte Zusammenarbeit der muslimischen Verbände der Stadt. Diese organisierten 2006 das erste gemeinsame Fastenbrechen auf dem Rathausmarkt, zu dem alle Bürger eingeladen waren und das mit Informationsveranstaltungen, u.a. für Schulklassen, verbunden war. Ein Migrantenvertreter berichtet, die Zusammenarbeit der migrantischen Vereine habe sich durch die Vernetzung intensiviert und gesamtgesellschaftliche Fragen würden vermehrt gemeinsam angegangen. Bei vielen Migrantenvereinen habe zudem ein Generationswechsel stattgefunden, und die zweite und dritte Generation der Migranten, welche jetzt zunehmend die Vorstände übernehme, sei weniger vor die Aufgabe gestellt, Strukturen zuschaffen, womit Fragen des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens stärker in den Vordergrund rücken würden. Pläne für einen ersten muslimischen Friedhof in der Stadt wurden durch die Vernetzung konkreter. Bisher gibt es Gräberfelder auf dem städtischen Friedhof auf denen nach islamischem Ritual begraben werden kann. Das Vorhaben, mittelfristig einen muslimischen Friedhof in Trägerschaft der Moscheegemeinden einzurichten findet die Unterstützung der Stadt. Ebenfalls aus der Vernetzung der Migrantenvereine entstand der Integrationstag, der jährlich von den Organisationen mit Unterstützung der Stadtverwaltung organisiert wird.

Im Ressort Zuwanderung und Integration sind insgesamt ca. 100 Mitarbeiter beschäftigt, unter ihnen viele Sozialarbeiter. Diese sind vernetzt mit weiteren Diensten in der Verwaltung und in der Stadt. Mit dem Jugendamt, dem Jobcenter, Schulen, Wohlfahrtsverbänden und ihren Integrationsdiensten, Migrantenorganisationen und anderen könnten so gemeinsam Konzepte entwickelt werden, um die Integration in der Stadt zu verbessern und gegebenenfalls akut zu intervenieren, wenn spezifische Probleme auftauchen, so eine Mitarbeiterin des Ressorts (Interview W 2). In einzelnen Bereichen wird mit Stiftungen zusammen gearbeitet um Fördermaßnahmen umzusetzen, beispielsweise ein Stipendiatenprogramm für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (START-Stipendiatenprogramm der Hertie-Stiftung). Der Kontakt zur freien Wirtschaft müsse im Ressort noch weiter ausgebaut werden, so die Mitarbeiter des Ressort. Strukturell ist das Ressort eingegliedert in das Dezernat für Soziales, Jugend, und Integration, welches mit 2300 Beschäftigten und einem Jahresbudget von 500 Millionen Euro sowohl finanziell als auch personell das größte Dezernat der Stadt ist (Interview W 2, W 3).

#### **4) Ansatz gegen Diskriminierung und Anti-Diskriminierungsarbeit**

Der Ansatz gegen ethnische Diskriminierung der vom Ressort verfolgt wird ist eher präventiv. Im Mittelpunkt steht vor allem, Vielfalt in ihren verschiedenen Dimensionen anzuerkennen und als Wert zu etablieren. In diesem Bereich ist beispielsweise die Initiative für Demokratie

und Toleranz e.V. tätig. Sie wurde im Jahr 2000 im Rahmen eines Aktionsprogramms gegründet, das eine direkte Reaktion auf die damals in der Stadt vermehrt auftretenden rechtsextremen Übergriffe war. Der Oberbürgermeister ist Vorsitzender der Initiative, die seit 2001 jährlich ca. 70 Einzelprojekte gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus umsetzt. Viele Projekte werden mit Schulen durchgeführt. Einige Projekte setzen sich direkt mit Fragen der Identität in einer multi-kulturellen Gesellschaft auseinander. Aktuell werden beispielsweise Fortbildungskonzepte für Hauptschulen entwickelt, die Lehrer dabei unterstützen sollen, Geschichtsunterricht und die Fragen nach der Identifikation mit der deutschen Geschichte und Verantwortung für diese in einer multi-kulturellen Schulsituation umzusetzen (vgl. Interview W 2, [www.wuppertaler-initiative.de](http://www.wuppertaler-initiative.de)). Neben Projekten bietet die Initiative zudem mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus im gesamten Regierungsbezirk an. Die Finanzierung findet über das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ statt.

Die Integrationsarbeit der Kommune ist geleitet von dem Gedanken, nicht nur Integrationshemmnisse zu beseitigen, sondern die Potentiale einer vielfältigen Gesellschaft sichtbar und nutzbar zu machen. Jedes Jahr fokussiert das Ressort einen bestimmten Integrationsbaustein. Im ersten aktuellen Jahr war es Sprache, „denn Sprachkenntnis ist nicht gleich (*equal*) Integration, aber eine essentielle Voraussetzung“ (Interview W 3). Sprachförderung so früh wie möglich und nach Möglichkeit mit Einbezug der Eltern wird als zentraler Baustein für eine gelungene Integration verstanden. Verschiedene Projekte für unterschiedliche Zielgruppen werden mit vielfältigen Akteuren umgesetzt, dazu gehören Kita-Projekte mit Einbezug der Eltern, mehrsprachige Lesebücher in Bibliotheken, Sprachförderung in Schulen, im Beruf und Förderung eines spielerischen Umgangs mit Mehrsprachigkeit für Kinder. Im Sinne des potentialorientierten Ansatzes wird Mehrsprachigkeit nicht als Defizit, sondern als Gewinn verstanden, der gezielt gefördert wird. In den Schulen sei „stärker zu berücksichtigen, dass die Kinder auch Fachsprache benötigen, um bspw. dem Matheunterricht zu folgen ... da geht Potential verloren, Fähigkeiten zur Mehrsprachigkeit bleiben brach liegen und werden nicht entwickelt, was dann zu Diskriminierung führen kann.“ (Interview W 2, vgl. Interview W 3).

Die Schaffung von Strukturen, die Diskriminierung entgegen wirken, wird als zentrales Element betrachtet (Interview W 1). Ein Instrument, um diskriminierende Strukturen aufzuspüren, ist das Integrationsmonitoring. Seit 2007 wird hier für die Stadt Wuppertal mithilfe des Konzepts des Migrationshintergrundes aufgeschlüsselt, in welchen Bereichen (Schulabschlüsse, Ausbildung, Wohnsegregation, Arbeitslosigkeit, u.a.) Menschen mit Migrationshintergrund negativ abweichende Werte erzielen im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund – sprich, wo unter Umständen strukturelle Diskriminierung wirkt (Integrationsmonitoring Wuppertal 2010). Zum Schaffen von Strukturen, die nachhaltig Integration fördern und Diskriminierung unterbinden, gehöre auch die Partizipation von Migrantenorganisationen als Partner in der Verwaltung und die Einbeziehung von Migranten in politische Prozesse, so die Interviewteilnehmer. Eine Einbeziehung aller beteiligten Akteure sei zu sichern, um so nachhaltig auf Probleme und Veränderungen eingehen zu

können. Strukturveränderung sei somit ein Prozess, „damit haben wir ein Perpetuum-Mobile – wir bekommen immer neue Aufgaben; wenn die heutigen Herausforderungen bewältigt werden, tauchen an anderer Stelle neue auf.“ (Interview W 1).

Eine spezielle Anti-Diskriminierungsberatungsstelle als solches gibt es im Ressort nicht. Praktisch werden im Bedarfsfall dennoch Anti-Diskriminierungsberatungen durchgeführt, vor allem durch die Mitarbeiter der Initiative für Demokratie und Toleranz, welche sich im Bedarfsfall Sozialarbeiter aus dem Ressort hinzu holen können. Die Beratungen, so ein Vertreter der Initiative, würden „grob anhand der gängigen Standards“ durchgeführt, „Erwartungen des Opfers, welche Ziele und Ängste, das führt zu individuellen Vorgehensweisen: informieren der Presse, Ansprechen des Akteurs, Ermahnung [der diskriminieren Akteure] oder Vermitteln von Anwälten [an die Betroffenen], etc.“ (Interview W 1). Betroffene würden sich über den Kontakt zum Ressort an ihre Ansprechpartner wenden oder von Migrantenorganisationen oder den Beratungsstellen der Wohlfahrt (z.B. Caritas) weiter vermittelt werden, so die Mitarbeiter der Initiative. Individuelle Beschwerden kämen eher selten vor, so ein Mitarbeiter. Er führt dies darauf zurück, dass die typischen Diskriminierungsvorfälle durch Mitarbeiter der Behörde selbst – vor allem der Ausländerbehörde – durch die inhaltliche und strukturelle Neu-Ausrichtung des Ressorts und die damit entstehende „neue Denkweise“ bei den Mitarbeitern weniger vorkämen (Interview W 1).

Die „klassischen Diskriminierungsbereiche“ gäbe es nichtsdestotrotz in Wuppertal ebenso wie in anderen Städten, so die Interviewteilnehmer: Hierzu gehört beispielsweise die Verweigerung von Wohnraum durch private Makler oder Vermieter, Probleme beim Finden einer Arbeitsstelle, vereinzelt vermehrte Kontrolle des Fahrscheins im ÖPNV (Interview W 6) oder die Verweigerung des Zugangs zu Diskotheken. In derartigen Fällen könnten die Mitarbeiter des Ressorts zwar vermitteln und ggf. Kontakt zu Anwälten herstellen, wenn ihnen diese Fälle zugetragen würden, nähmen aber aufgrund des städtischen Neutralitätsgebots keine Position in gerichtlichen Verhandlungen ein. Bei Diskriminierungsfällen auf institutioneller Ebene - beispielsweise durch Behördenmitarbeiter oder die Polizei - würden zur Intervention die „kurzen Wege“ zu den Mitarbeitern und vor allem zur Führungsebene in den Institutionen genutzt, die sich aufgrund der langjährigen Arbeit im Bereich Integration ergeben haben. Beispielsweise bei Diskriminierungsfällen durch die Polizei, wie z.B. gehäuftes Durchsuchen oder Verdächtigen von bestimmten Personengruppen, nutze der Integrationsbeauftragte seinen „persönlichen Draht zur Polizeipräsidentin“ um im Bedarfsfall auf Diskriminierungen hinzuweisen, und auf „Kollegenebene, gleiche unter gleichen zu sagen, so geht das nicht, da müssen *wir* gemeinsam etwas ändern“ (Interview W 1, W 2). Eine systematische Dokumentation von Vorfällen findet nicht statt.

Das Engagement der Stadtverwaltung, die Vernetzung mit Vereinen und der Umgang mit individueller und struktureller Diskriminierung wird von den zivilgesellschaftlichen Akteuren weitestgehend als positiv bewertet. Einzelne Beschwerden über als Diskriminierung

wahrgenommenes Verhalten – beispielsweise Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis oder eine schlechte schulische Empfehlung für ein Kind mit Migrationshintergrund – würden von den Migrant\*innenvertretern oder entsprechenden Vereinen (Elternverein) aufgegriffen und könnten in der Regel unter Einbezug der entsprechenden Akteure und Ressortmitarbeiter gelöst werden. Ein Migrant\*innenvertreter berichtet, der direkte Kontakt zum Ressort helfe, in Einzelfällen direkt die Sachlage eines als Diskriminierung empfundenen Vorfalls zu klären. Die Ressortmitarbeiter würden gegebenenfalls dabei unterstützen auszuloten, welche rechtlichen Möglichkeiten es gäbe, damit der Betroffene sein Anliegen – beispielsweise eine Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde – durchsetzen könne: „Man kriegt dann oft in den persönlichen Gesprächen [mit den Ressortmitarbeitern] mit, wo es Spielräume gibt. Aus den Gesprächen ... habe ich in den letzten Jahren erfahren, dass es lockerer genommen wird, dass Spielräume mehr ausgenutzt werden. Das geht aber auch nur, wenn beide Seiten sich kennen lernen, nicht abkapseln.“

Insgesamt urteilen die Interviewten, dass Integration im alltäglichen Leben normaler sei und das Zusammenleben besser funktioniere als es im medialen Diskurs oft dargestellt werde. Nichtsdestotrotz käme Diskriminierung vor. Dabei handele es zum einen um Fälle durch private Akteure, wie Probleme bei der Wohnungssuche und Diskriminierung durch Vermieter. Zum anderen trete in der Gesellschaft vereinzelt aber beständig eine diffusere Haltung zutage, in der soziale Probleme ethnisiert würden oder pauschalisierende Urteile über bestimmte Gruppen geäußert würden. So berichtet ein Dezernent der Stadt, bei einer Veranstaltung im Stadtteil sei er von den Organisatoren gebeten worden, über das „Problem der Überfremdung im Stadtteil“ zu sprechen. Er entgegnete, er könne nicht über „Überfremdung“, wohl aber über Integration und interkulturelles Zusammenleben sprechen, „da sagten die [Veranstalter], ‚jaja, das meinen wir ja‘. ... Wenn dann [jemand] sagt, ‚manche Türken sind doch Pack – das sagen selbst die Türken!‘ – dann ist man erst mal sprachlos ... das ist eine klassische Diskriminierung“ (Interview W 3). Nicht spezifisch für die Stadt, aber dennoch auch in Wuppertal vorhanden ist ein unbestimmtes Gefühl bei einigen Migrant\*innen der zweiten oder dritten Generation, trotz der lange zurückliegenden Zuwanderungsgeschichte nicht wirklich „dazu zu gehören“. Ein türkischstämmiger Interviewteilnehmer berichtet, dass die im Grunde harmlose Bemerkung eines ‚autochthonen Deutschen‘ im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft über „unsere“ (die deutsche Nationalmannschaft) und „eure Mannschaft“ (die türkische Nationalmannschaft) bei ihm, der seit frühester Kindheit in Deutschland lebe und hier zu Hause sei, eigenartige Gefühle wecke hinsichtlich der Frage „wird man je Teil dieser Gesellschaft sein?“ (Interview W 5).

Dieser festgestellte Mangel an interkulturellem Verständnis und Zusammenhalt, der nicht spezifisch für eine bestimmte Stadt oder Region ist, hat eine Ursache in der verfehlten bundesdeutschen Integrationspolitik bis in die späten 1990er Jahre hinein. Langjährig verweigerte sich die Politik einem öffentlichen Bekenntnis zu einer de facto längst vorhandenen multikulturellen Gesellschaft. Seit die Bundespolitik die Notwendigkeit eines integrationspolitischen Paradigmenwechsels erkannt hat, wurden vermehrt Maßnahmen

angestoßen, die eine positive „Willkommenskultur“ und ein Verständnis von Zuwanderung und Diversity als Potentiale fördern sollen. Ohne im Einzelnen weiter auf diese Entwicklung einzugehen, kann konstatiert werden, dass dieser Richtungswechsel nichtsdestotrotz oft widersprüchlich konterkariert wird von Repressionsmaßnahmen oder –androhungen gegen sogenannte „Integrationsverweigerer“, einer populistischen Profilierung mit dem Thema durch einzelne bundespolitische Akteure und in Teilen nicht ausreichend gestützt wird durch wirksame Maßnahmen, die Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgreifen. Wie beschrieben sind die Stadtoberen in Wuppertal aktiv versucht, durch die Schaffung von Strukturen, praktische Projekte, Vernetzung innerhalb der Stadt und symbolische Aktionen ein nachhaltig integrationsförderndes und Diskriminierung unterbindendes Klima zu schaffen und zu erhalten. Über die beschriebenen Maßnahmen hinaus soll die gleichwertige Teilhabe von Migranten an allen Lebensbereiche gefördert werden durch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Förderung von politischer Partizipation, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll.

### **5) Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

Interkulturelle Öffnung bezeichnet die gleichberechtigte Einbeziehung und Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund und interkulturellen Denkweisen und Fragestellungen auf allen Ebenen einer Institution. Interkulturelle Kompetenz wird hierbei zu einer Kernkompetenz, welche die Entwicklung der Organisation mitbestimmt. Im Einzelnen kann der Prozess einer interkulturellen Öffnung auf verschiedene Stufen und Arbeitsschritte herunter gebrochen werden, die spezifisch auf die jeweilige Organisation, das gesellschaftliche Umfeld und die jeweiligen Arbeitsbereiche zugeschnitten werden müssen (vgl. Schröder 2007, KGSt 2008, CJD Eutin 2010).

Die Stadt Wuppertal war unter anderem vertreten im Projekt „Innovationszirkel Integration“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), dem von Städten und Gemeinden getragenen Entwicklungszentrum für kommunales Management. Thematisch war die Stadt über den Ressortleiter beteiligt an der Entwicklung von Arbeitsmaterialien zur interkulturellen Öffnung der öffentlichen Verwaltung ([www.kgst.de](http://www.kgst.de), Zugriff 16.11.11). Die interkulturelle Öffnung aller Bereiche der öffentlichen Verwaltung wird als zentrale Herausforderung betrachtet, um nachhaltig Anti-Diskriminierung und einen positiven Umgang mit Vielfalt zu etablieren (vgl. Interview W 3). Das gesamte Angebotsspektrum der öffentlichen Dienstleistungen ist auf den Wandel der Gesellschaft auszurichten. Ein Dezernent der Stadt:

„Das müssen wir dann durch die Lebensspanne durchdeklinieren. Im Dienstleistungsangebot der Geburtshilfeklinik ... bis ins hohe Alter. In Altenheimen haben Menschen unterschiedliche Speisewünsche, das kann religiös begründet sein. ... Was heisst [der Wandel der Gesellschaft] in der Altenpflege: bei Demenzkranken? Sie vergessen chronologisch rückläufig, Kinder, Ehepartner – und eine Fremdsprache als erlernte Sprache.“ In der Altenpflege bedarf es entsprechend Sprachmittlern als integriertem Bestandteil des Pflegeangebots und systematischem Diversity Managements des Pflegepersonals, um

vorhandene Kompetenzen gezielt zu nutzen (Interview W 3). Einige Verwaltungsbereiche und öffentlichen Dienstleistungen der Stadt setzen den Prozess der interkulturellen Öffnung seit Jahren um, da sich früh die Notwendigkeit abzeichnete, wie in der Verwaltung der Kindertagesstätten, im Jugendamt und in der Ausländerbehörde, in der vor allem mit der Eingliederung ins Ressort „Zuwanderung in Integration“ 2004 entscheidende strukturelle und inhaltliche Veränderungen umgesetzt wurden. In anderen Bereichen wird die Öffnung in ersten Ansätzen umgesetzt. Unterstützt wird sie durch das Ressort „Zuwanderung und Integration“ unter anderem mit einem Fortbildungsangebot. Dieses kostenpflichtige Angebot soll die kontinuierliche Sensibilisierung der Mitarbeiter für migrationspezifische Aspekte anregen. Die Ressortmitarbeiter berichten, dass einzelne Bereiche mittlerweile selbständig auf das Ressort zukämen, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie die interkulturelle Kompetenz des Bereichs erhöht werden könne. Die Feuerwehr regte ein Ausbildungsprojekt an, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit bei der Feuerwehr zu gewinnen und in brenzligen Situationen mit interkultureller Kompetenz agieren zu können. Neben akutem Personalbedarf waren die Überlegungen darin begründet, dass Menschen in Notsituationen unter Umständen in ihre Herkunftssprache fallen und daher Sprachkenntnisse der Feuerwehr essentiell sein könnten. Weiterhin müsse beachtet werden – ähnlich wie bei der Polizei – dass manche Menschen aufgrund spezifischer Flüchtlingserfahrung unter Umständen Misstrauen gegenüber Uniformierten empfinden, dem man mit besonderer Sensibilität begegnen müsse (Interview W 1, W 3). Im Bereich der Jugendarbeit war der städtische Jugendring Wuppertal beteiligt an einem Modellprojekt, welches die interkulturelle Öffnung der Jugendringe im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen befördern sollte („Projekt Ö“, [www.ljr-nrw.de](http://www.ljr-nrw.de)). Die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz unterstützte das Projekt mit Beratungen und einem Fortbildungsangebot für die örtlichen Jugendverbände. Über das Projektende hinaus wird das Thema durch Beratung weiter bedient und Kontakte vertieft, um die Entwicklungen in den Verbänden zu verstetigen.

In der Stadtverwaltung wird eine gezielte Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zum Teil seit längerem umgesetzt. Bei den Auszubildenden beträgt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund 15 Prozent. Die Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund wird auf allen Ebenen angestrebt, jedoch begrenzt durch die weitgehenden Einstellungsstopps in der kommunalen Verwaltung (Interview W 1, W 3).

## **6) Politisches Partizipation Repräsentanz: Integrationsausschuss**

Neben der institutionellen und strukturellen Integration ist die politische Integration ein wichtiges Element, um gesellschaftliche Gleichberechtigung voran zu treiben und Diskriminierung dauerhaft zu bekämpfen. Personen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit besitzen in Deutschland kein Wahlrecht. Um diesem Mangel an politischer Repräsentanz und strukturellen Diskriminierung entgegen zu wirken existieren in vielen deutschen Städten Migranten- oder Ausländerbeiräte, welche mit spezifischen

Rechten im Stadtrat ausgestattet sind (z.B. Rederecht). Eine Reform der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen ermöglichte es den dortigen Städten, die bisherigen Migrantenbeiräte neu zu organisieren und in ordentliche politische Ausschüsse zu überführen. Die Stadt Wuppertal nutzte diese Möglichkeit und begründete 2004 den Integrationsausschuss der Stadt, welcher im Stadtrat zu Integrationsfragen berät und an Ratsentscheidungen teilhat. Er ist in Pflichten und Rechten anderen Ausschüssen gleichgestellt und besteht aus 21 stimmberechtigten Mitgliedern, 11 von ihnen gewählte Stadträte und 10 gewählte migrantische Vertreter (Drittstaatsangehörige). Letztere vertreten die Belange der ausländischen Einwohner im Stadtrat und werden direkt gewählt von den Einwohnern, welche nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder in den letzten zwei Jahren eingebürgert wurden. Die Wahlbeteiligung lag mit zuletzt 8,06 Prozent leicht unter dem Durchschnitt der Wahlen von Integrationsausschüssen in NRW, aber 2,7 Prozent höher als bei der Ausschuswahl 2004 in Wuppertal ([www.integrationsratswahlelennrw.de/xd/public/content/index.html](http://www.integrationsratswahlelennrw.de/xd/public/content/index.html)). Es besteht ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Integrationsausschuss, Migrantenorganisationen und dem Ressort für Zuwanderung und Integration. Der Ausschuss fungiert als Mittler zwischen den Interessen von Migranten, dem Stadtrat und der städtischen Verwaltung.

## **7) Empfehlungen und zukünftige Herausforderungen**

Die Einschätzungen der befragten zivilgesellschaftlichen Akteure, Vertreter der Verwaltung und politischen Akteure stimmen in ihrer Einschätzung der städtischen Situation zu Diskriminierung weitestgehend überein. Von zwei zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wird positiv auf die zahlreichen Ressortmitarbeiter hingewiesen, welche die Integrationsarbeit „mit minimalen Mitteln“ und „engagiert“ umsetzen würden (Interview W 6, W 7). Für diese Akteure ist die Stadtverwaltung ein wichtiger Kooperationspartner. Positiv hingewiesen wird weiterhin auf die interkulturelle Öffnung verschiedener kultureller Systeme, den Einsatz von Kulturmittlern in Behörden.

Aus den Interviews, Fragebögen und der Dokumentenschau ergeben sich einige Empfehlungen für die Arbeit gegen Diskriminierung und für Vielfalt in Wuppertal und Herausforderungen, vor denen die Stadtverwaltung diesbezüglich steht. Wie oben beschrieben muss aufgrund der begrenzten Anzahl von Befragungen darauf hingewiesen werden, dass kein Anspruch auf Vollständigkeit und Allgemeingültigkeit erhoben werden kann.

- Einzelne Vertreter des Dritten Sektors wünschen sich mehr Unterstützung bei der Akquise / dem Einwerben von Fördermitteln bzw. Konfinanzierungsmöglichkeiten. Vereinzelt wird beklagt, die bürokratischen Hürden seien teilweise zu hoch; die Entscheider über die Vergabe von Mitteln seien nicht immer fachkompetent; es gäbe zu wenig Kofinanzierungsmöglichkeiten.
- Da Wuppertal bisher nicht über eine spezielle Anti-Diskriminierungsberatung verfügt, wäre eine Einführung derselben bzw. eine systematische Erweiterung bestehender

Beratungsstellen um diesen Dienst nach unserer Einschätzung empfehlenswert. Damit ergäbe sich die Möglichkeit, systematisch Sensibilisierungsbedarfe zu erkennen und strategisch zu reagieren, die Öffnung städtischer Dienste und Sensibilisierung anderer Akteure weiter voran zu bringen und die laufende und nachhaltig angestrebte Strukturveränderung mit dem Ziel einer integrativen und weitgehend diskriminierungsfreien Stadtgesellschaft weiter zu verfolgen.

- Die Erweiterung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung von den sozialen Diensten zu allen städtischen Diensten (bspw. Gewerbeaufsichtsamt) ist eine aktuelle und zukünftige Herausforderung für das Ressort „Zuwanderung und Integration“.
- Bereits früh fand ein Paradigmenwechsel in der Integrationsarbeit in Wuppertal statt, der Vielfalt als gesellschaftliches Potential versteht. Den befragten städtischen und politischen Akteuren ist trotz begrenzter Einflussmöglichkeiten und sehr knapper finanzieller Mittel daran gelegen, diesen Ansatz in der Stadtgesellschaft weiter zu verbreiten. Es wurde vielfach positiv auf die Etablierung von Projekten und Veranstaltungen hingewiesen, die die Verbreitung des Diversity-Gedankens zum Ziel haben (Bsp. Integrationstag -> Wuppertal-Tag). Ein Fokus der bestehenden Arbeit liegt auf Kindern und Jugendlichen. Denkbar ist hier, weitere Zielgruppen zu fokussieren, wie ältere Menschen oder Rentner. Eine Akteurin empfiehlt hierzu, bestehende Vereine weiter aufeinander zuzuführen, bspw. Kleingärtenvereine, Fußballvereine, um den Gedanken der Anti-Diskriminierung in der breiten Bevölkerung weiter zu verankern.
- In den letzten 10 Jahren wurden viele strukturelle Veränderungen erfolgreich umgesetzt und Wuppertal nimmt eine Vorreiterrolle hinsichtlich eines positiven Integrationsverständnisses, dessen Verankerung in städtischen Diensten und der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren ein. Die nun etablierten Netzwerke stehen vor der Herausforderung, weiter im Kontakt zur Stadtgesellschaft und offen zu bleiben für städtischen Wandel. Die Strukturveränderung in der Verwaltung hat diese gut gewappnet, um positiv mit Vielfalt umzugehen, zu gestalten und Bedarfe zu erkennen. Angesichts der extrem begrenzten finanziellen und personellen Mittel bleibt die Herausforderung bestehen, die offene und prozessorientierte Perspektive der Arbeit in Wuppertal beizubehalten und den beschrittenen Weg weiter zu gehen.

## **8) Quellen**

### **Dokumente und Berichte**

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2011): „Wuppertal: Integration aus einer Hand“, in: dies. (Hg.) *Diversität gestalten. Erfolgreiche Integration in Kommunen. Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele*, S. 30 – 31, 2. Auflage 2011

Bundeszentrale für Politische Bildung: „Politische Partizipation in der Kommune“ von Storz, Henning / Wilmes, Bernhard;  
[http://www.bpb.de/themen/NQ61IF,1,0,Politische\\_Partizipation\\_in\\_der\\_Kommune.html#art1](http://www.bpb.de/themen/NQ61IF,1,0,Politische_Partizipation_in_der_Kommune.html#art1) (Zugriff: 10.11.11)

Milutin, Daniela (2010): *Interkulturelle Entwicklungen in der Ausländerbehörde*.  
Herausgegeben vom Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 2010

[o. Verf.]: „Integration in die Gesellschaft. Den richtigen Anstoß geben“, in: *Arbeit:Jetzt. Das Arbeitgebermagazin des Jobcenters Wuppertal*, Ausgabe 1, Februar 2011, S. 8-9

Roddewig-Oudnia (2010): „Zuwanderung und Integration – Eine Stadt rüstet sich für die Zukunft“. Stadt Wuppertal, Ressort für Zuwanderung und Integration

Stadt Wuppertal, Ressort für Zuwanderung und Integration [o. Jahr]: *Wuppertaler Integrationsbaustein Sprache*

Stadt Wuppertal, Ressort für Zuwanderung und Integration (2010): *Integrationsmonitoring Wuppertal Integrationsmonitoring 2010*

Stadt Wuppertal, der Oberbürgermeister, Ressort für Zuwanderung und Integration [o. Jahr]: *Integrationsbericht 2007 der Stadt Wuppertal*

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. (Hg.) (2010): *Projekthandbuch Lokale Aktionspläne Wuppertal*